



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR FINANZEN
PRESSESTELLE

PRESSEMITTEILUNG

3. Dezember 2018

 Land will der Stadt Karlsruhe Flächen für bezahlbaren Wohnraum in der Nordstadt zur Verfügung stellen

„Wir wissen, wie dringend Wohnungen in Karlsruhe gebraucht werden. Und wir wollen als Land unseren Teil dazu beitragen, dass in der Nordstadt möglichst viel bezahlbarer Wohnraum entsteht“, sagte Staatssekretärin Gisela Splett. „Deshalb haben wir vor, landeseigene Flächen an die Stadt abzugeben.“

Das Land habe auch selbst immer wieder Flächenbedarf in der Fächerstadt, um Landeseinrichtungen gut unterzubringen. Die im Bereich des städtebaulichen Rahmenplans "Zukunft Nord" gelegenen Flächen sollen aber in erster Linie dazu dienen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. „Als Land unterstützen wir die Stadt mit unseren Flächen gerne bei der angestrebten Quartiersentwicklung und legen Wert darauf, dass insbesondere bezahlbarer Wohnraum entsteht“, so Splett.

„Die Entscheidung des Landes ist ein gutes Signal für die Fortentwicklung der Nordstadt. Hand in Hand schaffen Stadt und Land bezahlbaren Wohnraum in einem attraktiven und nachhaltigen neuen Quartier“, freut sich Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup. „Diese weiteren Wohnungen werden dringend gebraucht, um insbesondere junge Familien in der Stadt zu halten und für Fachkräfte von nah und fern attraktiv zu bleiben.“

Das städtische Bebauungsplanverfahren für die "Zukunft Nord" beim "Alten Flugplatz" in der Karlsruher Nordweststadt kommt voran. Es ist vorgesehen, ei-

nen Großteil des Areals als allgemeines Wohngebiet auszuweisen. Entlang der Erzbergstraße ist Mischnutzung vorgesehen. Für dieses Mischgebiet wird das Land bei Bedarf Interesse für die Unterbringung von Behörden anmelden.

Ein großer Teil der Fläche gehört dem Land Baden-Württemberg und der Baden-Württemberg Stiftung. Vorgesehen ist im dem Bebauungsplanverfahren folgenden Umlegungsverfahren ein Zuteilungsverzicht zugunsten der Stadt Karlsruhe. Je nach Höhe des Wertersatzes muss der Landtag einer Überlassung von Landesflächen noch zustimmen.

Bisher angestellte Überlegungen, Justizbehörden in der Nordstadt unterzubringen, werden nicht weiterverfolgt, so dass mehr Fläche für Wohnraumschaffung eingebracht werden kann.